

Initiativanträge

Sozialistische Jugend Österreich

Initiativantrag 1

Zur politischen Anerkennung der Selbstverwaltung Rojawas in Nord und Nordostsyrien

Initiativantrag an den Bundesparteitag der SPÖ zur politischen Anerkennung und zum Schutz von Rojava in Nord und Nordostsyrien Der Bundesparteitag der SPÖ spricht sich dafür aus, dass die SPÖ auf allen politischen Ebenen Maßnahmen setzt, um Dialog, Schutz und politische Anerkennung der Selbstverwaltung in Rojava in Nordostsyrien zu fördern.

Die Situation in Nordostsyrien spitzt sich zu. Die Menschen dort leben unter ständiger Unsicherheit und Angst vor neuer Gewalt. Militärische Angriffe, politische Ausgrenzung und wirtschaftliche Blockaden verschärfen die ohnehin schon prekäre Lage. Zivilist_innen tragen die Folgen.

Rojava entstand und formte seine heutigen Strukturen unter den Bedingungen des syrischen Bürgerkriegs und des weitgehenden Zusammenbruchs staatlicher Kontrolle in Nordostsyrien. Während viele Regionen Syriens staatliche Ordnung verloren, bauten lokale Akteur:innen in Nordostsyrien funktionierende Verwaltungsstrukturen auf. Diese Strukturen organisieren Sicherheit, Bildung, Justiz und kommunale Versorgung. Während viele Regionen Syriens staatliche Ordnung verloren, bauten lokale Akteur_innen in Nordostsyrien funktionierende Verwaltungsstrukturen auf. Diese Strukturen organisieren Sicherheit, Bildung, Justiz und kommunale Versorgung.

Kurdische Kräfte und ihre Verbündeten spielten eine zentrale Rolle im Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“. Zehntausende Kämpfer_innen standen an der Front gegen den IS. Tausende verloren ihr Leben. Ohne ihren Einsatz hätte der IS weite Teile Syriens und des Irak länger kontrolliert. Auch Europa profitierte von der Zurückdrängung des IS.

Bis heute sichern Kräfte aus Nordostsyrien Gefängnisse und Lager mit IS-Mitgliedern. Ein Zusammenbruch dieser Strukturen birgt Risiken für neue Instabilität und für ein Wiedererstarken extremistischer Netzwerke. Gleichzeitig entstand das politische System in Rojava unter starker Beteiligung von Frauen. Frauenräte, Doppelspitzen in politischen Ämtern und eigenständige Frauenstrukturen gehören dort zur Praxis. Das Leitmotiv „Jin Jiyan Azadî“ steht für den Anspruch auf Frauenrechte, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. In der Region leben Kurd_innen, Araber_innen, Christ_innen, Jesid_innen sowie weitere Gruppen friedlich zusammen. Die Selbstverwaltung setzt auf lokale Mitbestimmung und religiöse Koexistenz. Diese Ansätze zeigen einen pluralistischen Anspruch in einer konfliktreichen Region.

Zugleich gibt es derzeit Verständigungen und Gesprächskanäle mit der syrischen Übergangsregierung. Diese Kontakte zeigen den Willen zur politischen Lösung. Ende Jänner diesen Jahres wurde schließlich ein Waffenstillstand und ein Integrationsabkommen zwischen der syrischen Übergangsregierung und den SDF-Milizen über eine militärische und zivile Vereinigung erzielt. Dieses Abkommen sieht eine schrittweise Integration der militärischen und zivilen Sicherheitskräfte der SDF, die Gewährleistung ziviler Rechte für kurdische Gemeinschaften sowie die Übertragung der Kontrolle der Gefängnisse von der SDF an die syrische Übergangsregierung vor. Die erstmalige offizielle Anerkennung kurdischer nationaler Rechte einschließlich der kurdischen Sprache als nationale Sprache seit der Unabhängigkeit Syriens im Jahr 1946 stellen einen wichtigen Schritt dar.

Gleichzeitig bestehen weiterhin Zweifel, ob diese Übergangsregierung verlässlich demokratische und minderheitenfreundliche Perspektiven sichert. Berichte über den Einfluss radikal-islamistischer und jihadistischer Kräfte innerhalb staatlicher Strukturen nähren Misstrauen in der Bevölkerung Nordostsyriens. Viele Menschen befürchten den Verlust von Rechten, Sicherheit und Selbstverwaltung.

Aktuelle Angriffe und politischer Druck gegen kurdische Gebiete gefährden bestehende zivile Strukturen. Berichte über Beschuss, Vertreibungen und Versorgungsprobleme zeigen eine reale Belastung für die Bevölkerung. Viele Familien leben mit der Sorge vor erneuter Eskalation.

Sozialdemokratische Politik steht für Demokratie, Frauenrechte, soziale Gerechtigkeit und Minderheitenschutz. Entwicklungen in Rojava berühren diese Grundwerte direkt. Internationale Solidarität gehört zur Geschichte der Arbeiter_innenbewegung und zur Identität der Sozialdemokratie. Ein Schweigen zu dieser Lage schwächt demokratische Kräfte vor Ort. Eine klare Haltung stärkt zivile Akteur_innen, die unter schwierigen Bedingungen politische Teilhabe organisieren.

Dieser Initiativantrag ist notwendig, weil sich die Lage dynamisch verändert und politische Positionierung jetzt Wirkung entfalten kann. Der Bundesparteitag soll ein Signal setzen für Menschenrechte, Dialog und politische Lösungen.

Deshalb fordert der 47. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ:

- Die SPÖ setzt sich innerhalb der Bundesregierung, im Parlament und auf EU-Ebene dafür ein, politische Gespräche mit der Selbstverwaltung in Rojava aufzunehmen und zu vertiefen.
- Die Selbstverwaltung Rojavas politisch anzuerkennen, die zugleich gemeinsame Heimat von Kurd_innen, Araber_innen, Christ_innen, Jesid_innen und weiteren Minderheiten ist, deren Modell demokratischer Selbstverwaltung den multiethnischen Charakter der Region schützt und Formen des Zusammenlebens stärkt, die über rein nationalstaatliche Ordnungsvorstellungen hinausgehen.
- Seitens der syrischen Übergangsregierung weitere wirksame Schritte zur Achtung und zum Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte und zum Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern.
- Angriffe auf zivile Infrastruktur klar zu verurteilen.
- Humanitäre Hilfe für Nordostsyrien auszubauen.
- Programme zur Unterstützung von feministischen Initiativen und lokaler Zivilgesellschaft zu fördern
- Internationale Dialogformate unter Einbeziehung der Selbstverwaltung zu unterstützen.
- Sich gegen die politische Ausgrenzung demokratischer kurdischer Akteur_innen zu stellen.
- Die Bedeutung des kurdischen Beitrags im Kampf gegen den IS politisch anzuerkennen.
- Sich für nachhaltige Stabilisierung und zivile Perspektiven in Nordostsyrien einzusetzen
- Sich auf EU-Ebene für eine kohärente Syrienpolitik einzusetzen, die Menschenrechte, Minderheitenschutz und Geschlechtergerechtigkeit ins Zentrum stellt

Empfehlung der Antragskommission: Annahme
--

SPÖ-Bundesfrauen

Initiativantrag 2

Epstein-Verbrechen - Aktive Aufklärung in Österreich

Was ist passiert?

In den vergangenen Monaten wurden mehrere Konvolute an Akten betreffend den Fall des verstorbenen Multimilliardärs Jeffrey Epstein vom Department of Justice der USA freigegeben. Dokumentiert werden mutmaßliche Fälle von Menschenhandel, Zwangsprostitution Minderjähriger, Vergewaltigungen, Missbrauch Minderjähriger, Folter und weitere schwere Straftaten. Epstein wurde bereits 2008 wegen des Missbrauchs Minderjähriger rechtskräftig verurteilt und war zum Zeitpunkt seines Todes inhaftiert wegen des Verdachts, einen Ring zur sexuellen Ausbeutung Minderjähriger unterhalten und diese auch an Bekannte vermittelt zu haben.

Darüber hinaus wurde durch die Veröffentlichung der Akten die Kommunikation des Milliardärs Epstein mit unterschiedlichen politischen Akteuren veröffentlicht, die auf Wahlbeeinflussung in anderen Ländern, auf Erpressung und das Sammeln von kompromittierendem Material von Politiker*innen und öffentlichen Personen und das Handeln mit Informationen und (Staats-) Geheimnissen hinweisen.

Diese Verquickung schwerster Kriminalität, Einfluss finanzieller Art, sowie der Nähe zu internationalen Politiker*innen, Justiz, Beamten, Königshäusern und Superreichen zeigt das Selbstverständnis einer Gruppe sich unantastbar fühlender Eliten, die nicht davor zurückschrecken, Menschen einfach als Besitztümer zu handeln.

Diese Ereignisse machen nicht nur fassungslos, sondern eignen sich auch, um das Vertrauen in Politik, Demokratie und Rechtsstaat zu untergraben.

Weltweite Verwicklungen

Der in den Akten erwähnte Personenkreis beschränkt sich nicht nur auf die USA, sondern ist über die ganze Welt verstreut. So wurde die Regierung des Vereinigten Königreichs durch Verwicklungen des Chefdiplomaten in den USA in eine Krise gestürzt, weil dieser geheime Steuerpläne der Regierung an Epstein weitergab, selbst, nachdem Epstein wegen mehrfacher erzwungener Prostitution von Minderjährigen bereits verurteilt war.

Auch Österreich scheint an mehreren Stellen in den bisher veröffentlichten Akten auf. So scheint ein Niederösterreicher in seinem Testament auf, Epstein reiste mit einem gefälschten österreichischen Reisepass, hatte Kontakt zu mehreren jungen Frauen aus Österreich, und suchte offenbar Immobilien zum Kauf in Wien. In einigen europäischen Staaten wurden konkrete strafrechtliche sowie ermittlungstechnische Schritte bereits eingeleitet, persönliche Konsequenzen wurden bereits gezogen. Auch in Österreich finden aktuell Prüfschritte statt, ob Verfahren einzuleiten sind.

Allerdings ist festzustellen, dass derzeit bei Weitem nicht alle „Epstein-files“ der Öffentlichkeit und dem österreichischen Staat zugänglich sind, sodass eine abschließende Beurteilung der Betroffenheit Österreichs bzw. der Existenz von durch österreichische Behörden zu verfolgende Sachverhalte nicht abschließend beurteilt werden kann.

Angesichts des unfassbaren Ausmaßes krimineller Energie, die sich nicht auf eine Einzelperson beschränkt (hat), ist volle Aufklärung der einzige Weg Klarheit zu schaffen insbesondere auch in den folgenden Fragen:

- Wurden österreichische Beamte, Würdenträger oder Politiker*innen von Epstein erpresst?
- Könnten österreichische Staats- und Sicherheitsgeheimnisse verraten worden sein?
- Sind österreichische Staatsbürger*innen in den Menschenhandel, die Zwangsprostitution oder andere Machenschaften dieses organisierten Verbrechens verwickelt?

- Sind Österreicher*innen Opfer von Machenschaften dieses organisierten Verbrechens geworden? Als Sozialdemokratie stehen wir für einen demokratischen Rechtsstaat. Es ist die Pflicht einer Republik, ihre Bürger*innen zu schützen und für Gerechtigkeit zu sorgen.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag fordert daher:

- Die Republik Österreich soll im Wege des Außenministeriums die Herausgabe aller Daten mit Bezug zur Republik Österreich und ihren Staatsbürger*innen, die im Zusammenhang mit den Epstein-Akten stehen, von den USA fordern, dies nicht nur in Hinblick auf die bereits veröffentlichten Teile, sondern sämtliche existierenden Informationen und Akten, ungeachtet deren Geheimhaltungsstufen, die vom österreichischen Staat bei entsprechender Begründetheit ohnehin einzuhalten wären.
- Darüber hinaus soll dafür Sorge getragen werden, dass Österreich im Rahmen seiner Mitgliedschaft in internationalen Organisationen ebenfalls darauf hinwirkt, dass die „Epstein-files“ vollumfänglich der internationalen Staatengemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, um die daraus ersichtlichen Verbrechen konsequent verfolgen zu können
- Nach der notwendigen und umfassenden Analyse müssen rechtliche und compliance Maßnahmen gesetzt werden, um solche Machenschaften und mögliche Einflussnahme auf die Demokratie im speziellen und auf Entscheidungsträger*innen im allgemeinen künftig zu unterbinden.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

TI Globale Nachhaltigkeitspolitik

Initiativantrag 3

Zum Krieg im Iran: Eskalation stoppen, Völkerrecht stärken und Energie leistbar halten

Das iranische Regime unterdrückt seit Jahren mit brutaler Gewalt die eigene Bevölkerung und missachtet fundamentale Menschenrechte. Gerade mit der Welle der Gewalt gegen friedlich Demonstrierende, bei der zu Beginn des Jahres zehntausende Menschen getötet wurden, hat das Regime erneut gezeigt, dass es über keine Legitimität verfügt. Durch die Unterstützung von Terrororganisationen und seine militärische Einflussnahme ist der Iran ein erheblicher Faktor der Instabilität in der Region.

Ein solches Regime, das auf Repression nach innen und Konfrontation nach außen beruht, darf nicht in den Besitz von Nuklearwaffen gelangen. Dies gilt als Teil unseres grundsätzlichen Einsatzes gegen die nukleare Proliferation: Die Welt braucht nicht mehr Atommächte, sondern eine konsequente Rückkehr zu globalen Abrüstungsinitiativen, um das Risiko eines atomaren Konflikts dauerhaft zu reduzieren.

Gleichzeitig sind die militärischen Angriffe der USA und Israels, noch dazu während laufender diplomatischer Bemühungen, aus unserer Sicht völkerrechtswidrig und daher klar zu verurteilen. Diese militärischen Interventionen ohne eindeutige völkerrechtliche Grundlage sind abzulehnen, da sie das multilaterale System schwächen und die Logik der Stärke über die Stärke des Rechts setzen. Sie stehen im Widerspruch zu dem strikten Gewaltverbot der UN-Charta. Ebenso entschieden sind die darauffolgenden iranischen Gegenschläge zu verurteilen, da sie die Gewaltspirale in der Region weiter antreiben, völlig diskriminierungslos überwiegend zivile Ziele angreifen und damit Kriegsverbrechen sind. Militärische Gewalt untergräbt diplomatische Bemühungen und verschärft die Instabilität in der Region. Eine Deeskalation und ein Ende der Gewalt müssen jetzt oberste Priorität haben. Das iranische Regime stellt eine regionale und globale Bedrohung dar und konnte auch durch bisherige militärische Aktionen nicht gestoppt werden. Militärische Schläge mögen kurzfristig einzelne Ziele erreichen, sie verstärken jedoch langfristig die Dynamik einer sich weiterdrehenden Eskalationsspirale. Wieder einmal wird internationales Recht gebrochen und internationale Institutionen ignoriert. Dies schwächt das Völkerrecht grundlegend und erschwert nachhaltige diplomatische Lösungen.

Zurück an den Verhandlungstisch: Diplomatische Lösungen finden und Atomprogramm stoppen

Das iranische Atomprogramm stellt eine massive internationale Bedrohung dar. Wir müssen endlich sicherstellen, dass dem Iran bei der Entwicklung von Atomwaffen die Hände gebunden werden. Nur diplomatische Verhandlungen können stabile nachhaltige Ergebnisse bringen. Gerade in globalen Krisenzeiten brauchen wir eine stärkere UNO, insbesondere eine starke IAEA und CTBTO, Respekt vor der internationalen Ordnung und dem Völkerrecht sowie den Schutz des Multilateralismus. Zugleich muss Europa sich aus seiner Rolle als Zaungast befreien und mit einer europäischen Antwort Einheit zeigen. Das Völkerrecht und eine Diplomatie zum Schutz des Friedens müssen dabei unser Kompass bleiben.

Langfristiger Frieden für das iranische Volk

Die Protestbewegung „Women-Life-Freedom“ und alle Protestierenden, die gegen das brutale Regime im Iran auf die Straße gegangen sind, haben uns gezeigt wie stark die Zivilgesellschaft im Iran und der Wunsch nach einer besseren Zukunft ist. Das iranische Regime misshandelt und tötet die eigene Bevölkerung, missachtet Menschenrechte und Demokratie. Es betreibt eine systematische Entrechtung von Frauen, deren Streben nach Selbstbestimmung durch drakonische Strafen und staatliche Gewalt unterbunden werden soll. Das Regime unterdrückt systematisch LGBTIQ-Personen sowie ethnische und religiöse Minderheiten – darunter die rund 10 Millionen Kurd:innen, die Belutsch:innen, die aserbaidzhanische Minderheit, die arabischen Ahwazi sowie die Religionsgemeinschaft der Baha'i – und verweigert ihnen grundlegende wirtschaftliche, kulturelle und politische Rechte..

Es braucht ein sofortiges Ende dieses Regimes. Ein Regimewechsel und der Aufbau einer Demokratie im Iran können jedoch nur von der iranischen Bevölkerung ausgehen. Das bedeutet auch eine klare Absage an Bestrebungen zur Wiedereinführung der Monarchie, etwa durch die Rückkehr des Schahs. Ein Wandel muss auf Fairness und Gleichberechtigung fußen und allen Bevölkerungsgruppen, Ethnien und Religionsgemeinschaften gleiche Chancen bieten. Die Menschen im Iran müssen endlich die Chance erhalten, in einem Staat zu leben, in dem Frauen die gleichen Rechte haben und das Recht vom Volk und nicht von theokratischer Willkür ausgeht.

Maßnahmen gegen die Destabilisierung der Energiemärkte

Der Krieg im Iran führt auch zu einer Destabilisierung der globalen Energiemärkte. Auch wenn Österreich nicht direkt von Öl- und Gaslieferungen aus der Region abhängig ist, führen Liefereinschränkungen zu teils stark steigenden Preisen an den Energiebörsen. Die österreichische Wirtschafts- und Energiepolitik muss mögliche Krisenauswirkungen durch die steigenden Energiepreise bereits an der Wurzel bekämpfen.

Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sind die Energiepreise in der jüngsten Vergangenheit stark angestiegen und haben eine Teuerungskrise ausgelöst, die die Bevölkerung und die heimische Wirtschaft direkt in Form von hohen Energiepreisen und indirekt in Form einer Rekordinflation belastet hat. Die Fehler der damaligen türkis-grünen Regierung, die viel zu lange nur zugesehen hat, werden unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung nicht wiederholt werden. Die SPÖ stellt sicher, dass die Steuerzahler:innen diesmal nicht zur Kassa gebeten werden und die Teuerungskrise bekämpft wird – noch bevor sie entsteht.

Bereits im ersten Jahr dieser Bundesregierung konnten umfassende strukturelle Maßnahmen für leistbare Energie durchgesetzt werden. Durch das Elektrizitätswirtschaftsgesetz wurde der Grundstein für eine Energiepolitik gelegt, in der Leistbarkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit gemeinsam gedacht werden. Der Sozialtarif versorgt 300.000 Haushalte mit besonders günstiger Energie. Die Netzentgeltbefreiung für neue Energiespeicher ermöglicht eine Transformation in eine dekarbonisierte Zukunft. Die öffentlichen Unternehmen müssen das Gemeinwohl als vorrangiges Unternehmensziel leben und senken – jetzt endlich – die Preise in Richtung 10 Cent. Die von der SPÖ durchgesetzte Änderung des Preisgesetzes ermöglicht es erstmals in Strom- und Gaspreise einzugreifen.

Damit die bisherigen Erfolge bei der Bekämpfung der Teuerung nicht zunichte gemacht werden, muss als nächster Schritt jetzt der Energiekrisenmechanismus für Strom, Gas und Wärme als Schutz vor Preissteigerungen für Haushalte und KMU umgesetzt werden. Damit wird sichergestellt, dass der Weg der leistbaren Energiewende konsequent weitergegangen wird und dabei gerade auch in Zeiten internationaler Krisen die Politik eingreift und nicht zusieht. Insgesamt müssen Österreich und die Europäische Union widerstandsfähiger gegen externe Preisschocks durch die fossilen Energieträger Öl und Gas werden. Mit der Elektrifizierung von Verkehr und Raumwärme schützen wir uns vor dieser Gefahr.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag fordert daher:

- Die SPÖ verurteilt jede Form militärischer Gewalt, die zu einer weiteren Eskalation in der Region führt und fordert eine sofortige Waffenruhe und die Rückkehr zu Dialog und Verhandlungen.
- Die SPÖ setzt sich für den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung des Völkerrechts ein. Für die SPÖ steht außer Frage: Die Prinzipien der UN-Charta sind für alle Staaten universell bindend; das Gewaltverbot ist ein unverrückbares Fundament einer regelbasierten Weltordnung.
- Die SPÖ begrüßt die Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation, setzt sich für einen demokratischen Wechsel, ausgehend vom iranischen Volk, für ein Ende des brutalen Mullah-Regimes und für Frauen-, LGBTIQ-Personen- und Minderheitenrechte im Iran ein.

- Die SPÖ fordert die sofortige innerstaatliche Umsetzung des Energiekrisenmechanismus, der gänzlich durch die Energiebranche finanziert wird. In anhaltenden Preiskrisen soll dieser den Strompreis (Arbeitspreis) für Haushalte und KMU bei 10 Cent pro kWh deckeln. Darüber hinaus muss ein Krisenmechanismus auch bei Gas und Wärme für leistbare Preise sorgen.
- Die SPÖ setzt sich für rechtzeitige und umfassende Maßnahmen zur Abwehr einer Teuerungskrise ein. Die SPÖ wird nicht zusehen, wenn Strom-, Gas- und Spritpreise explodieren. Falls notwendig, werden Preiseingriffe erfolgen.
- Die SPÖ tritt für eine Ausweitung und Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energieerzeugung, der thermischen Sanierung und der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung beispielsweise durch Tiefengeothermie ein, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weiter zu verringern.
- Die SPÖ setzt sich konsequent für die Abkehr vom Merit-Order-Preisbildungsmechanismus im Strombereich auf europäischer Ebene ein, um die Abhängigkeit von internationalen Gaspreisen für die österreichische Bevölkerung zu verringern. Die Krise darf keine Goldgrube für Spekulanten sein, marktfremde Akteure sollen von den Energiebörsen ausgeschlossen werden.
- Die SPÖ bekennt sich uneingeschränkt zu den Werten von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie und tritt entschieden allen Staatsformen und Gesellschaftsordnungen entgegen, in denen diese Grundprinzipien durch autoritäre oder theokratische Machtstrukturen eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt werden.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

SPÖ-Bundesfrauen

Initiativantrag 4

Gender Quote einhalten: Echte Gleichstellung statt bloßem Lippenbekenntnis!

Die Sozialdemokratie ist DIE Partei der Frauen und setzt sich seit jeher für eine gerechte Gesellschaft und für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Dabei stehen wir auf den Schultern von Riesinnen. Unsere Genoss*innen kämpfen seit Jahrzehnten für die Wertschätzung und Anerkennung der Leistungen von Frauen in der Politik wie auch gesamtgesellschaftlich. Jede Verbesserung in der Vergangenheit geht auf große gemeinsame Anstrengungen zurück. Diese braucht es auch weiterhin, um echte Gleichstellung zu erreichen.

Denn in vielen Bereichen erleben Frauen nach wie vor Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Gewalt gegen Frauen, Benachteiligung bei Lohn und Karriere, der ungerechten Verteilung unbezahlter Arbeit bis zu sexistischen Abwertungen im Alltag, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Diese Diskriminierungen sind kein Zufall, sondern Teil eines Systems – dem Patriarchat.

Und dieses strukturelle Problem findet seinen Niederschlag auch noch immer in der Sozialdemokratie, die sich eigentlich Partei der Frauen nennt. Denn viel zu oft werden Frauen, wenn es um die Frage geht, wer die geeignetste Person für ein freigewordenes politisches Amt ist, übergangen; während zugunsten von Männern durch bewusste politische Entscheidungen Frauen auf Listen übersprungen werden. Und zuletzt hat ein Personalwechsel in der Wiener Stadtregierung dazu geführt, dass die Quote auf Bundesebene nicht mehr erfüllt werden kann. Das ist allerdings nicht Wiens alleinige Verantwortung – ganz im Gegenteil: Wir in Wien sind aktuell eines von drei Bundesländern, das die Geschlechterquote erfüllt. Wir zeigen vor wie es geht und sind damit österreichweit wie in vielen anderen Bereichen feministisches Vorbild. Die Tatsache, dass die Frauenquote durch den Wechsel einer einzigen Person unter 40% fällt, verdeutlicht ein viel tiefergehendes Problem. Schließlich stellen die 40% einen Mindestanspruch dar, der von der Partei der Frauen schon längst übertroffen werden sollte. Schließlich leben in Österreich mehr Frauen als Männer.

Mit der Geschlechterquote haben wir in unserem Parteistatut ein Instrument geschaffen, mit dem wir Frauen in der Politik vor Benachteiligung schützen. Die Quote soll verhindern, dass unsere Genossinnen in Funktionen und für Mandate übergangen werden. Das ist nicht nur innerparteilich ein wichtiges Signal, sondern wir zeigen damit gleichzeitig allen Frauen in Österreich, dass ihre Lebensrealitäten zählen und angemessen vertreten werden.

Die Quote soll gewährleisten, dass die Hälfte der Bevölkerung angemessen in unseren Parteigremien und in öffentlichen Körperschaften vertreten ist. Denn wir sind überzeugt: Die unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen von Frauen gehören in die Politik – dementsprechend auch an wählbare Stelle bei der Erstellung von Listen und bei der Vergabe von Funktionen sowie Mandaten.

Das Organisationsstatut der SPÖ besagt in Abschnitt V. Die Wahlordnung der SPÖ, § 27 Quotenregelung, Absatz 6 folgendes:

“(6) Scheidet ein(e) MandatarIn, unabhängig aus welchem Grund aus, ist unter Berücksichtigung gesetzlicher Bestimmungen durch Nachrückung sicherzustellen, dass die Einhaltung der Quote erhalten bleibt bzw. erzielt wird.”

Wir als SPÖ sind seit vielen Jahren stolz darauf, dass wir die Quote einhalten. Wir stehen für echte Gleichstellung, übernehmen Verantwortung und wollen auch Vorbild für andere sein. Gleichberechtigung ist für uns kein leeres Wort. Sie muss auf allen Ebenen spürbar und sichtbar sein. Wenn Quotenregelungen bei Personalentscheidungen nicht eingehalten werden, ist es deshalb notwendig, klar Stellung zu beziehen und Ableitungen für die Zukunft zu treffen.

Der 47. ordentliche Bundesparteitag fordert daher:

- Die konsequente Einhaltung des Statuts auf allen Ebenen! Es darf nicht möglich sein, sich über statutarische Bestimmungen hinwegzusetzen.
- Die Quotenregelung muss in allen personellen Entscheidungen auf allen Ebenen Beachtung finden. Um das zu gewährleisten sind die Frauenorganisation und ihre gewählten Vertreterinnen in Listen-erstellungsprozesse sowie bei Nachbesetzungen von Mandaten miteinzubeziehen.
- Dass auf eine ausscheidende Mandatarin auf Bundes- und Landesebene verpflichtend eine Frau folgen muss, sofern vor dem Wechsel weniger als 50% der Mandatar*innen weiblich sind.
- Klare Konsequenzen bei statutenwidrigem Verhalten müssen durch die Statutenkommission der Bundespartei ausgearbeitet werden, wie auch die Streichung der 40%-Quote für Männer im SPÖ-Bundesstatut § 27 Abs. 7.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme
und Weiterleitung an die Statutenkommission**